



Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Ruth Waldmann SPD**

Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Aktivitäten im Hinblick auf die Prävention von Antisemitismus an Bayerns Schulen zu verstärken:

1. Die Geschichte der jüdischen Kultur in Bayern und Deutschland muss stärker in der historischen Bildung an den Schulen verankert werden.
2. Die Lehrkräfte in Bayern müssen ausreichend Fortbildungsangebote erhalten, die ihnen helfen, Situationen zu meistern, in denen sie mit antisemitischen oder antiisraelischen Ressentiments konfrontiert werden und reagieren müssen.
3. Die Möglichkeiten der direkten Begegnung mit Israel müssen quantitativ und qualitativ für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte deutlich ausgeweitet werden.

Begründung:

Jede sechste antisemitische Straftat, die 2020 in Bayern begangen wurde, wurde von einem Jugendlichen verübt. Wie die Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion auf der Drs. 18/15417 zeigt, gab es 2020 353 judenfeindliche Straftaten. Die jüngsten Straftäter waren sogar nur zwölf Jahre alt. Das ist ein erschreckender Befund. Es sind schon lange nicht mehr die Ewiggestrigen allein, die Hass und Parolen gegen Juden verbreiten. Das Durchschnittsalter der Täterinnen und Täter liegt bei 38 Jahren. Etwa die Hälfte der Delikte 2020 wurde im Internet begangen (185). Die Anzahl der Straftaten ist insgesamt stark angestiegen, von 25 im Jahr 2013 auf 187 im vergangenen Jahr. Die Staatsregierung muss daher ihre Bemühungen verstärken, dem Antisemitismus entgegenzuwirken, und der Präventionsarbeit an den Schulen mehr Gewicht einräumen.

Jüdische Geschichte in Bayern und Deutschland muss bereits deutlich früher in den Lehrplänen der historischen Bildung an Bayerns Schulen vorgesehen sein. Eine Verkürzung auf die Geschichte der Juden als Opfer des Holocausts bedient Stereotype und wird der großen Rolle der jüdischen Gemeinschaften für die Entwicklung Bayerns nicht gerecht.

Lehrkräfte in Bayern fühlen sich oft ohnmächtig, wenn sie in ihrem Arbeitsalltag antisemitischen oder antiisraelischen Ressentiments begegnen. Sie erkennen, dass sie nicht wegschauen können, wenn in Äußerungen doppelte Standards an den Staat Israel angelegt werden, einer Delegitimierung des Staates das Wort geredet wird oder ihnen eine Dämonisierung der Juden begegnet. Die Vorbereitung auf diese nicht einfachen Situationen im Unterricht muss in der Lehrerbildung und -fortbildung eine wesentlich größere Rolle einnehmen als bisher.

Der Abschluss der bayerisch-israelischen Bildungspartnerschaft ist ein erster Schritt gewesen, der direkte Kontakte für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Eine Weiterentwicklung dieses Programms hinsichtlich zusätzlicher Elemente, die Wissen und Erfahrung mit Israel erhöhen, ist gerade für Lehrkräfte anzustreben.